

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-59710](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-59710)

# Der Beobachter.

## Ein Volksblatt.

Wöchentlich erscheinen zwei Nummern in  $\frac{1}{2}$  Bogen. Der Vorauszahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

V. Jahrgang.

Dienstag, den 13. Juni 1848.

N<sup>o</sup> 47.

### Auszug aus dem Protocolle des „Politischen Vereins“ im Amte Abbehausen

vom 5. Juni d. J.

Erster Antrag: Der Politische Verein möge beschließen, die Regierung zu ersuchen, respect. dringend aufzufordern, sofort eine Volksbewaffnung zu organisiren, insbesondere zum Schutz der Küsten.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und eine Commission mit der Ausführung desselben beauftragt.

Zweiter Antrag: Der P. V. möge erklären, daß es in Betreff der herzustellenden deutschen Kriegsflotte wünschenswerth sei, wenn die jetzt einzusammelnden, freiwilligen Beiträge unter dem Vorbehalte eingefordert würden, daß dieselben bei einer späterhin etwa nothwendigen, außerordentlichen Flottensteuer in Abrechnung gebracht und das Zuvielbezahlte wieder erstattet werde. Nachdem hierüber debattirt worden war, schloß sich die Majorität folgendem Unterantrage an: Es möchten Behufs der Sammlung von Beiträgen zwei Listen angefertigt und in der ersten die freiwilligen Gaben verzeichnet werden, deren Rückzahlung nicht gewünscht wird, in der zweiten aber die Beiträge, welche im Sinne des obigen Hauptantrages hergegeben würden.

Dritter Antrag: Der P. V. möge an den, am 14. d. M. in Oldenburg zusammentretenden Generalpredigerverein eine Adresse richten und hier beantragen: Der G. P. V. möge aus allen Kräften dahin wirken, daß in der Kirche sobald wie möglich eine Synodals- und Presbyterial-Verfassung eingeführt werde und daß die Consistorial-Verfassung gänzlich falle; ferner, daß **jedenfalls** das Institut der Special-Superintendenten wieder aufgehoben werde.

Dieser Antrag wurde einstimmig genehmigt. Ebenso dieser: Der P. V. möge das Großherzogliche Consistorium ersuchen, wenigstens in diesem Jahre alle Kirchen- und Schulvisitationen einzustellen. Mit der Ausführung dieser Beschlüsse wurde ebenfalls eine Commission beauftragt.

Vierter Antrag: Der P. V. möge das Central-Comité in Oldenburg vom Jahre 1841, das sich zum Zwecke der Unterstützung der Ueberschwemmten in Hasbergen und Stuhr gebildet hatte, ersuchen: dasselbe wolle diejenigen Gelder, die einmal ohne Fug und Recht zurückgehalten und der Absicht der Geber gemäß nicht verwendet worden seien, jetzt endlich auf eine volkshilfliche Weise verwenden, etwa **zur Herstellung der deutschen Flotte**; unter der Voraussetzung, daß in einer von dem Comité zu bestimmenden Frist von den Gebern keine Reclamationen erhoben würden.

Der P. V. schloß sich mit großer Majorität dem Antrage an, und spricht derselbe hiermit die Erwartung aus, daß das Vorstehende schon genügen werde, das gedachte Central-Comité zu einer sofortigen, öffentlichen Erklärung zu veranlassen.

Namens des Ausschusses:  
der zeitige Secretair.

### Unsere Volkswehr.

Motto: Ich hab' einen deutschen Bedienten angenommen. Der hält fest. Ich könnte ihm sagen: Kerl, scheere dich zum Teufel und werde ein freier Mann; er würde mir antworten: Lieber Herr, behalten Sie mich doch — Brod ist die Hauptsache. —

(Aus: Bödners Briefe aus Paris.)

Die Volksbewaffnung hat leider in unserem Lande schlechten Fortgang. Unverstand, Feigheit, Trägheit

und Geiz thun ihr Bestes, die gute Sache zu hindern. Der Unverstand kennt die Bedeutung der Volksbewaffnung nicht — noch den Sinn des deutschen Sprücheworts „wehrlos“, „ehrlos“; ihm fällt es nicht im Traume ein, daß in der Bewaffnung die Emancipation des Volks liegt; er kann nur in der Volksbewaffnung eine gewöhnliche Polizeiknüppelei erblicken, und da meint er: Wozu? haben wir nicht die Polizei, um Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten? hier ist freilich der Unverstand so verständig, daß man gegen sein Argument nichts einwenden kann. Die Feigheit flüstert: die Wehrhaftmachung des Volks ist ein gefährlich Ding; man muß dem Pöbel nicht die Waffen in die Hand geben, das führt zur Revolution; was hat man davon, wenn man als Wehrmann marschiren und üben, ja vielleicht in den Krieg ziehen muß, verflümmelt oder gar todt geschossen wird? Nein! so lange man nicht gezwungen wird, wäre es thöricht, die Waffen zu nehmen!

Die indifferente Trägheit gähnt: Mit der Volkswehr ist's alles dummes Zeug, da wird nichts aus, wenn die vom Volke ausgeht; das muß von Oben herab kommen. — Der Geiz sträubt sich, weil der Beitritt zur Wehr mit Kosten verknüpft ist, und speculirt: Man bezahlt so schon genug, wozu die neuen unnützen Ausgaben? Die ungewohnten Uebungen schaden der Gesundheit, da giebt's Rechnungen der Doctoren und Apotheker!

Ein weiteres Hinderniß der Volksbewehrung ist die bei uns herrschende Sonderbündnerei, welche Gemeinden von Gemeinden trennt und, vom Gesetze unterstügt, die Kirchspiele nicht allein als Ausland, sondern sogar als Feindesland gegeneinanderüber stellt. Da ist es denn nicht zu verwundern, wenn die spärlich zusammengetretene über das Land sporadisch zerstreute Wehrmannschaft nicht einmal den leisesten Wunsch hegt zu einer allgemeinen Vereinigung oder wenigstens Einigung; wenn man bei einem Einigungsversuch auf kleinliche Malicen, Persönlichkeiten, Dorfgeklatsch und Altweibereien stößt und die Worte hört: Nein, wir wollen allein exerciren und allein bleiben, mit den . . . nern . . . lern — oder wie denn die mißliebigen Drie heißen — ist's nichts! Voilä die deutsche hochgepriesene Einigkeit und Freiheit! Und dabei die fürchterlichste ekelhafteste Renomisterei über die Einheit und Stärke Deutschlands, über unsere Bruder- und Bürgerliebe. O über unser politisches Kindergeklä! Wir, die wir noch von den Windeln unserer Amme (alma mater nutrix) umschürt sind, — wir, die den großen lebendig und freimachenden Ruf der Zeit „zu den Waffen!“ über-

hören und nicht erkennen, daß des Volks Bewehrung seine Emancipation ist, — wir, die wir die Wehre als eine Last betrachten, unwürdig unsern Altvordern, die die Wehr als eine Ehre ansahen (— „Wehre giebt Ehre, ehrlos, wehrlos“ —), wir sollten doch den Mund nicht so voll nehmen von Freiheit und Gleichheit, wir sollten uns bescheiden zurückziehen in unser Nichts, denn beherrscht, geknechtet von den Dämonen des Geizes, des Unverstandes, der Feigheit, Trägheit und der Sonderbündnerei sind wir nicht würdig mitzukämpfen den großen Kampf der Gegenwart, mitzurathen in dem Rath der Völker.

+

### Der Norddeutsche Gewerbe-Congress in Hamburg.

Deputirte hatten sich daselbst eingefunden aus Mecklenburg, Oldenburg, Schleswig-Holstein, Lauenburg, Hannover, Braunschweig, Churhessen, Preußen, Bremen, Lübeck und Hamburg.

Es wurden vier ordentliche Sitzungen gehalten. Die letzte fand im Schneider-Antzuhause statt, und war nicht öffentlich; eine bedeutende Störung in der dritten Sitzung, der nur durch Aufhebung der Sitzung Einhalt gethan werden konnte, war die Veranlassung, daß die Sitzungen nicht in der „Tonhalle“ fortgesetzt wurden.

Die Ergebnisse der gepflogenen Verhandlungen lassen sich in Folgendem zusammenfassen.

1. Die Versammlung spricht sich einstimmig gegen unbedingte Gewerbefreiheit aus. (Antragsteller: Wischmann aus Bremen.)

2. Sie erklärt, daß eine Handwerks-Ordnung dem Handwerker keinen Schutz gewähren könne, sondern nur eine Ordnung der gesammten Gewerbe-Verhältnisse. (Antragsteller: Winkelblech aus Cassel.)

3. Die Versammlung beschließt, an den constituirenden Deutschen Reichstag eine Adresse zu senden, worin dieselbe verlangt: im Deutschen Staatsgrundgesetz müsse ein Organ (Gewerbekammer) festgestellt werden, welches demnächst die gewerblichen Interessen Deutschlands zu ordnen habe. (Antragsteller: Winkelblech aus Cassel.)

4) Die Versammlung beruft einen Deutschen Gewerbe-Congress auf den 15. Juli d. J. nach Frankfurt am Main. (Antragsteller: Selenka aus Braunschweig.)

5. Es wurde eine Commission erwählt und mit der Ausführung des unter 3. und 4. Gedachten beauftragt.

Zum Wahlmodus für den Gewerbe-Congress ist derjenige, welcher für den Reichstag gegolten hat, als Richtschnur angenommen. Näher bestimmt ist darüber:

- a) Auf je 6 Abgeordnete zum Reichstage kommt 1 Abgeordneter zum Gewerbe-Congress, oder auf 300,000 Einwohner 1 Abgeordneter.
- b) Jeder Deutsche Staat schickt wenigstens einen Abgeordneten.
- c) Jeder Abgeordnete hat nur eine Stimme.
- d) Wähler sind alle Gewerbetreibenden.

Der Zweck dieses Gewerbe-Congresses ist:

Bis zur Einführung eines allgemeinen Deutschen Gewerbe-Gesetzes es zu versuchen, schon vorher die Wünsche der Gewerbetreibenden Deutschlands zu vereinigen und im Einverständnis mit den verschiedenen Regierungen provisorische Maßregeln zu veranlassen, um diesen Wünschen entgegen zu kommen. Dadurch würde zugleich den künftigen Gesetzgebern ein praktisches Mittel an die Hand gegeben, das wirkliche Bedürfnis so wie die öffentliche Meinung schon vor dem Gesetz-erlaß kennen zu lernen.

### Einige Worte zur Beherzigung.

Die Aeußerungen: „wie sich die Zeiten doch ändern können! — wie sich Alles gedreht und verwandelt hat in wenigen Wochen“, hört man jetzt so häufig und manchmal in einem so ängstlichen Tone aussprechen, daß man beinahe glauben sollte, die guten Leute kennen sich selbst und ihre Heimath nicht mehr. Es scheint, als seien sie durch die jetzigen Bewegungen irre an sich selber geworden. Aengstlich blicken sie in die Zukunft und rufen: „Wohin will das führen!“

Den Kopf nur nicht verloren, dann kann es nur zum Guten führen. Wohlüberlegtes Handeln, verbunden mit Ruhe und doch auch mit Energie, kann uns jetzt eine Zukunft herbeiführen, wie sie schon längst von den Vernünftigeren so sehnlichst gewünscht wurde. Alle Hindernisse und alle Hemmnisse müssen besiegt und beseitigt werden. Das Volk kennt jetzt nicht nur sein Recht, sondern auch seine Kraft und dies Bewußtsein vermag Alles.

Zu bedauern ist nur, daß in letzterer Zeit die arbeitende Classe im Untjadingerlande an einigen Orten zur Erlangung ihrer Rechte Wege einschlug, die nur Unglück und Verderben herbeiführen. — Sie will sich ihr Recht mit der Faust erkämpfen; durch Drohungen und Gewaltthaten glaubt sie nur etwas ausrichten zu können und denkt nicht daran, in welches Unglück sie sich dadurch stürzt. — Armes Volk, das noch keinen Begriff von den Waffen des Geistes hat!

Was ist es denn aber eigentlich, Ihr Begüterten! was solche Ausritte unter der arbeitenden Classe herbeiführt? — Versucht es nicht, Euch frei sprechen zu wollen von aller Schuld daran. Dies dürft Ihr nicht wagen; denn Ihr könnt es nicht. Ihr selbst habt diese Ausritte heraufbeschworen.

Was für die arbeitende Classe bisher geschah und was von Rechts wegen hätte für sie geschehen müssen, wißt Ihr. Ja, Ihr müßt es auch wissen. Die

Presse rief es Euch täglich zu und gab Euch der als zweckmäßig erscheinenden Mittel und Wege, der zu treffenden Vorkehrungen und Verbesserungen genug an die Hand. Ihr wolltet aber nicht hören. Jetzt habt Ihr nun die Folgen von Eurem Zögern und von Eurer Gleichgültigkeit.

Seid doch menschlich und denkt nicht allein an Euch, an Euren Säckel. Bedenkt vielmehr, daß alle Menschen Eure Brüder sind; daß auch die Armen Bedürfnisse und Rechte haben. Versucht es, die aufgeregten Gemüther durch Beweise des Wohlwollens wieder zu besänftigen. Hierzu genügen aber nicht Worte. „Der Worte sind es schon zu viel gewesen; laßt jetzt Thaten sehen“. Aber um des Himmelswillen nicht wieder solche Thaten wie die, daß man die sogenannten kleinen Häuser niederreißt, um dadurch der überhand nehmenden Bevölkerung und Armuth Einhalt zu thun! Dies ist nicht menschlich! Wollt Ihr diese Leute zwingen, daß sie ihrer Heimath fluchen, daß sie hinausziehen, sich eine andere zu suchen? Solche Maßregeln sind wahrlich empörend, sind unter aller Menschenwürde. Ersinnt vernünftigerere, die sich mit dem Gefühle des Menschen vertragen.

Was jetzt von Vielen aus Furcht gethan wird, hätte schon früher aus Menschenliebe und Billigkeit geschehen können. — So wie jeder Sünde die gerechte Strafe folgt, so rächt sich auch jetzt das Schickial an dem bisherigen Verfahren. Theilnahmlos sahet Ihr die so bedrängte Lage der Armen und suchtet Euch glauben zu machen, es fehle Keinem am Nothwendigen; Alle seien sehr gut versorgt und würden nach Bedürfnis unterstützt. Angenommen nun auch, sie seien in so weit unterstützt worden, daß sie nicht verhungerten, so dürft Ihr doch nicht glauben, daß die Unterstützung in der bisherigen Weise den Leuten glückliche Stunden und Zufriedenheit mit ihrer Lage gab. Nein, das konnte das bisherige Verfahren nicht bewirken.

Das Ehrgefühl und das Gefühl einer gewissen Unabhängigkeit wurde bei den Leuten verdrängt und Stumpfsinn und Gleichgültigkeit traten an deren Stelle; wenn nicht gar Haß und Rachegefühl gegen die Begüterten herborgerufen wurden. Daß der Saame zu solchen Gefühlen gelegt und seit längerer Zeit von Euch genährt worden, davon geben Euch nun die jetzigen Ausritte den sichersten Beweis. Vergebens habt Ihr versucht, die Armen durch Worte einzulullen; vergebens habt Ihr gehofft, die Zeit würde nie kommen, wo auch diese Leute aus ihrem unnatürlichen Schummer erwachen, und ihr Recht fordern würden.

Gebt ihnen jetzt Arbeit und Lohn und legt ihnen zwar in dem Maße, daß es ihnen möglich ist, davon ordentlich zu leben. — Verlangt es nicht länger, daß sie ihren Schweiß für Euch vergießen und dabei noch darben müssen. Verlangt es nicht mehr, daß die Leute nur Euren Säckel füllen helfen und sie selbst dabei mit leeren Händen bleiben. Denkt nicht mehr, diese Leute seien Eure dienstbaren Geister, Eure Sklaven. Das sind sie nicht. Es sind Menschen, wie Ihr; sie haben dieselben Rechte am Leben, wie Ihr sie Euch bisher ausschließlich zueignetet. Erkennt denn daher

auch von nun an in diesen Geschöpfen Eure Mitmenschen, Eure Brüder! und bestrebt Euch, ihr leibliches und geistiges Wohl zu erhalten und zu fördern.

Schon zu lange haben diese armen Menschen in einer peinigenden und drückenden Lage schmachten müssen; schon zu lange ist diese in der großen menschlichen Gesellschaft so wichtige Classe, die dem Reichen durch ihren Schweiß den Ueberfluß häuft, mit Undank, ja mit unverantwortlicher Mißachtung und Geringschätzung behandelt worden.

Es ist Zeit, ja es ist hohe Zeit, daß auch diese Menschen in die ihnen als Menschen gebührende Stellung aufgenommen werden und daß ihnen ihr Recht werde.

Laßt Euch diese mahnenden Worte nicht vergebens gesagt sein, sondern beherzigt dieselben und zeigt, daß nicht alle menschlichen Gefühle und Regungen durch gewohntes Wohlleben verschwunden sind; erst dann, wenn die ganze menschliche Gesellschaft mehr mit ihrer Lage zufrieden wird, erst dann kann an eine Einigkeit gedacht werden, die, wenn sie erst erreicht ist, unser Volk in eine starke und unbeflegbare Nation umzuwandeln vermag.

### Die Volksschule

befindet sich nicht in der ihr Wohl befördernden Stellung, — so lautet die allgemeine Klage der Lehrer, und gerade deshalb haben sich die Lehrer, freilich ohne Erfolg, an unsere erfahrenen Männer gewandt.

Die Lehrer baueten sich einen Himmel ganz nach ihrem Wunsche; ob aber in demselben, wäre er verwirklicht, alles Himmel gewesen sein würde, dies ist noch ganz ungewiß. — Die versammelten Abgeordneten haben diese Ungewißheit glücklich bei Seite geschafft und die Lehrer vorläufig hier auf Erden gelassen.

Die Veranlassungen zu obiger Klage sind verschieden, jedoch fast ohne Ausnahme mehr oder weniger gegründet.

Vergleicht man die Forderungen, welche vor ungefähr 50 Jahren der Staat und die Gemeinde an den Lehrer machten, mit dem was sie jetzt von dem Lehrer verlangen, so ist es unwiderleglich, daß diese Anforderungen außerordentlich gesteigert sind. Dagegen ist die Stellung der jetzigen Lehrer beinahe noch so wie damals, sie sind heutiges Tages noch ebenso abhängig, so bevormundet, so gefesselt, so überwacht. Freilich ist die Einnahme der Lehrer etwas verbessert, aber keinesweges im richtigen Verhältnisse zu den jetzt geforderten Leistungen; im Vergleich mit andern Staatsdienern, mit Gewerbetreibenden, steht der Lehrer zurück. Dieses rechtfertigt die obige Klage genügend.

Auch die Bildung der Lehrer läßt manches zu wünschen übrig. Es ist z. B. ganz unverantwortlich, daß Kindern — 18jährige Seminaristen — die Erziehung von Kindern anvertraut wird.

Sind diese unglücklicher Weise mit Methodik, Pädagogik etc. so vollgestopft, daß sie dieselbe nicht verdauen können, und fehlen ihnen dabei, wie dies manch-

mal der Fall ist, reelle Kenntnisse; so sind Erzieher und Erzogene gleich sehr zu bedauern.

Erlangen diese Leute ein reiferes Alter, erhalten sie mehr reelle Kenntnisse, als Methodik, Pädagogik etc., welche ohnehin ziemlich leicht nachfolgen, so wird die Volksschule gewiß bald besser besetzt und gestellt sein.

Endlich ist es nothwendig, daß ein oder mehrere tüchtige, praktische, moralisch gute Lehrer die Oberaufsicht über die Schulen führen, nur ein solcher ist mit dem Geschäftsgange in der Schule bekannt und weiß die Kinder so zu behandeln, daß sie ihm gerne und freudig ihren kleinen Ideenkreis darlegen.

Odenburg, 12. Juni. An unsere braven Krieger in Schleswig-Holstein ist am Sonnabend folgendes Schreiben abzufendend beschlossen worden:

„Wackere Krieger, liebe Landsleute! — Die Bürgergewehr Odenburgs sendet Euch ihren brüderlichen Gruß und Glückwunsch. Euer Verhalten im Felde, Eure Ausdauer in Ertragung von Mißsal und Beschwerden, Euer Muth in Kampf und Gefahr sind uns Stolz und Freude. Ihr habt Euch als würdige Söhne des Vaterlandes gezeigt. Ein dreimaliges Hoch dem theuren Vaterlande und den Vertheidigern seiner heiligen Sache! — Deutschland über Alles!

Odenburg, Juni 10. 1848.“

(Folgen die Unterschriften.)

Eine andere Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt kann, des beschränkten Raumes wegen, diesmal nicht abgedruckt werden.

Ob unsern odenburgischen Sängern die Lust oder die Möglichkeit fehlte, uns einen Pfingstgesang zu bereiten, wissen wir nicht, — wir glauben aber, daß es doch hübsch gewesen wäre, die Sache nicht ganz einschlafen zu lassen; nun, chacun à son gout. Dießmal fand, wie sonst am ersten Pfingstmorgen, im Eersten Holze die gewöhnliche Militärmusik statt.

Nach den neuesten Nachrichten von der Weser hatte man von Bremerhaven aus ein dänisches Kriegsschiff gesehen, was den Ort in Alarm und kriegerischen Zustand versetzte.

Am Donnerstag, den 15. Juni, findet die erste öffentliche Sitzung des Generalpredigervereins im neuen Seminargebäude statt.

Unter 2. Bataillon des 2. Regiments wird nun, wie es heißt, am nächsten Dienstag den 20. ebenfalls nach Schleswig-Holstein ausmarschiren.

**Brieftasche.** „Der Teufel“ etc. — Umstände halber das nächste Mal; für die freundliche Offerte danken wir sehr, empfehlen aber wiederholt, recht eilig damit zu sein.

Einsendungen werden unter der Adresse:

An die Redaction des Beobachters in Odenburg in der Verlagshandlung von Gerhard Stalling unfrankirt angenommen.

# Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Wöchentlich erscheinen zwei Nummern in  $\frac{1}{2}$  Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

V. Jahrgang.

Freitag, den 16. Juni 1848.

N<sup>o</sup> 48.

## Sind unsere Beamten wirklich selbstständige Staatsdiener?

Nach den noch jetzt bestehenden Gesetzen, und den in den Registraturen ruhenden Rescripten, die merkwürdig genug als Gesetze gelten, muß man diese Frage entschieden verneinen. In unserm Beamtenstaat — und leider giebt es einen solchen im Staat — herrscht nur Bevormundung und Knechtschaft. Systematisch wird durch die provisorische Anstellung — durch das Institut der geheimen Berichte, durch die höchst untergeordnete Rolle, die ihm zugetheilt ist — dem angehenden Beamten das Gefühl der Selbstständigkeit, der Persönlichkeit, das Recht des Staatsbürgers geraubt! Der Vorstand des Collegiums — bezüglich der Amtsmann — ist sein Jupiter tonans, der in seinem Lehnstuhl thronet und statt des Donnerkeils, die zu einem geheimen Berichte zugespitzte Feder in der Rechten haltend, dem jungen Angestellten bei jeder mißliebigen Aeußerung ein: Quos ego! zudonnern kann.

Ja! die Bürokratie hat sich nicht gescheut, in die heiligsten Bürgerrechte des provisorischen Beamten, in das Recht, sich einen eignen Heerd zu gründen, einzugreifen, indem sie ihm die Heirath ohne Consens durch ein Rescript verboten hat!! —

Diese gänzliche Abhängigkeit der Angestellten von den höheren Beamten, dieses Schwankende und Unsichere ihrer bürgerlichen Existenz muß natürlich einen lähmenden, ja tödtlichen Einfluß auf die freie selbstständige Entwicklung ihres geistigen Wesens haben; denn nicht allein der Leib, sondern auch die Seele des Beamten wird dadurch uniformirt. Der junge Beamte wird behandelt wie ein Papagei, den man das Sprechen lehren will. — Man erhält beide im Schwanken und Schaukeln, damit sie, durch das Schwanken schwindelig gemacht, die eigenen Gedanken verlieren, nur auf die Worte hören, die man ihnen vorspricht — und diese

endlich nachsallen lernen. — Daß das Mittel probat ist, kann man nicht leugnen. — Wie Manchen habe ich gekannt, der auf der Universität überschäumte vor Freiheitelust und Ibatendrang — der von Vaterlandsliebe begeistert mit Schwarz-Roth-Gold geschmückt, mit nacktem, von olympischen Locken umflattertem Halse, mit offener Brust für Deutschlands Einbeit und Freiheit — froh; und nach einigen Jahren als wohlbestallter Auditor mit steifer Kravatte, zugeknöpfter Uniform und zugeknöpfter — Seele mir begegnete und in einem gewissen gleichgültig-vornehm schnarrenden Ton mit einem: „Wie geht's dennoch?“ mich begrüßte; und als ich dem Manne dann sagte, daß es mir in dem nachtmüdegeruhigen Deutschland nicht besonders behagte, da wandte er sich mit einer Miene hoher Weisheit von mir ab, und meinte: ich sei noch immer der Alte, der alte phantastische Student! — Ich aber dachte: Du armer Papagei, wie plapprest du gut, nachdem deine eigenen Gedanken verschwebt und verschwankt sind!! —

Aber nicht allein die provisorisch Angestellten, auch die s. g. definitiv Angestellten befinden sich in dieser schwankenden, unsicheren Lage; auch über sie wird geheim berichtet; und seit wir das Dienstricht haben, das aus den höchsten s. g. Staatsbeamten zusammengesetzt, das Recht hat, jeden Beamten fortzuschagen, der sich mißlieblich macht, „Unverträglichkeit im Dienst zeigt und dergleichen“ — wie es in dem betreffenden Gesetze heißt — seit dieser Zeit sind auch die definitiv Angestellten nur als provisorisch angestellt zu betrachten. —

Das mündig gesprochene Volk kann aber zu solchen in der Unmündigkeit erhaltenen Beamten kein Vertrauen haben; es sieht die Unparteilichkeit der Justiz, welche auf Unabiegbarkeit ihrer Beamten basiert, gefährdet — und fordert mit Recht, daß der Richter als freier Staats-